

## Lob und Anerkennung von leistungsstarken Mitarbeitern motiviert die Kollegen

*Anerkennung ist eine wichtige Quelle der Mitarbeitermotivation. Aber wie kann Anerkennung im Unternehmen effektiv eingesetzt werden? Sollten alle Mitarbeiter gleichermaßen gelobt werden oder nur diejenigen mit herausragenden Leistungen? Ein breit angelegtes Experiment mit mehr als 300 Personen gibt Antworten.*



Foto: © Squaredpixels /iStockphoto

Im Experiment zeigte sich, dass durch die öffentliche Anerkennung leistungsstarker Mitarbeiter vor allem die Kollegen ihre Performance steigerten, die kein Lob erhalten hatten.

Es wurde bisher nur unzureichend wissenschaftlich untersucht, welche Wirkung von Lob und Anerkennung ausgeht. Einerseits könnte die exklusive Anerkennung der Mitarbeiter mit besonderen Leistungen deren Performance weiter steigern, weil sie sich durch das Lob in ihrem Handeln bestätigt und motiviert fühlen. Nicht-Empfänger könnten demgegenüber durch die fehlende Anerkennung entmutigt und frustriert werden. Andererseits kann exklusive Anerkennung die Leistungsträger dazu veranlassen, sich auf ihren „Lorbeer“ ausruhen, während die Mitarbeiter, die sie nicht erhalten, motiviert werden zu den Leistungsträgern aufzuschließen.

Eine Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 13-017) greift diese Forschungsfragen mithilfe eines Feldexperimentes auf, das den kausalen Effekt von Anerkennung auf die Leistung von Mitarbeitern in Unternehmen untersucht. Hierfür wurden mehr als 300 Personen im Rahmen einer dreistündigen Dateneingabetätigkeit beschäftigt. Nach zwei Arbeitsstunden wurde den Mitarbeitern in zufällig ausgewählten Arbeitsgruppen für ihre Mitarbeit gedankt und eine Dankeskarte überreicht, die vom Leiter des Forschungsinstituts persönlich unterschrieben wurde. Indem die Anzahl der Empfänger einer Dankeskarte in den Arbeitsgruppen variiert wurde, konnte untersucht wer-

den, wie sich die Exklusivität von Anerkennung auswirkt. Abhängig von der Versuchsgruppe erhielten entweder der oder die Beste, die besten drei oder alle Mitarbeiter einer Gruppe eine solche Karte.

### Anerkennung für Leistungsträger

Die Resultate zeigen, dass Anerkennung die nachfolgende Leistung signifikant erhöht, insbesondere wenn die Anerkennung ausschließlich den Leistungsträgern zuteilwurde. Der Effekt auf die Arbeitsproduktivität war dabei am größten, wenn drei der acht Mitarbeiter einen besonderen Dank erhielten. Weniger stark, aber immer noch substantiell wirkte die Anerkennung, wenn sie nur dem jeweils besten Mitarbeiter oder allen Mitarbeitern zuteil wurde. Interessanterweise liegt die Ursache für die starken Leistungssteigerungen bei exklusiver Aner-

### IN DIESER AUSGABE

Lob und Anerkennung von leistungsstarken Mitarbeitern motiviert die Kollegen . . . . .	1
Zur Ausgestaltung wettbewerblicher Vergabeverfahren im Schienenpersonennahverkehr . . .	2
Domizilierung von Investmentfonds: Kurzer Genehmigungsprozess entscheidend . . .	3
Beschäftigungseffekte durch Innovationen . . .	4
Nachgefragt: Die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013 . . . . .	5
Fiskalregeln und ihr Einfluss auf die Risikoprämien an Anleihemärkten . . . . .	6
Workshop in Brüssel: Die Rolle der Unternehmensbesteuerung für eine künftige Fiskalunion . . . . .	8
„e-frame“ Workshop zu immateriellen Wirtschaftsgütern am ZEW . . . . .	9
Termine, ZEW intern . . . . .	10
Daten und Fakten . . . . .	11
Standpunkt . . . . .	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

kennung hauptsächlich in der Verbesserung derjenigen Arbeitnehmer, die keine Anerkennung erhalten haben.

#### Orientierung an der Gruppennorm

Dieses Verhalten kann mit Konformitätspräferenzen erklärt werden. Nicht-Empfänger lernen durch die knappe Vergabe von Anerkennung, dass ihre Leistung relativ schlecht war und reagieren dementsprechend mit einer Leistungssteigerung, um sich stärker an der offenbaren Gruppennorm zu orientieren. Diese Interpretation der Ergebnisse wird dadurch bestärkt, dass sich in den Versuchsgruppen, in denen nur der beste Mitarbeiter Anerkennung erhalten hat, ebenfalls eine positive signifikante aber

schwächere Steigerung der Nicht-Empfänger findet. Keine Dankeskarte zu erhalten, übermittelt in diesen Versuchsgruppen ein schwächeres Signal für eine niedrige relative Leistung und führt zu einer weniger starken Leistungssteigerung.

Die Resultate des Experiments sind jedoch nicht vollständig durch Konformitätspräferenzen erklärbar. Insbesondere verringerten Empfänger von exklusiver Anerkennung ihre Leistung nicht, wie man es bei Verhaltenskonformität erwarten würde. Stattdessen zeigen sie eine leichte, wenn auch insignifikante Leistungssteigerung. Eine naheliegende Erklärung, die diese Ergebnisse in Einklang bringt, ist die gleichzeitige Existenz von Konformitätspräferenzen und Reziprozität der Mitarbeiter. Mitarbeiter versuchen sich

zum einen an der Gruppennorm zu orientieren und verhalten sich zum anderen reziprok, das heißt sie reagieren mit einer Leistungssteigerung auf den Empfang von Lob und Anerkennung.

#### Anerkennung als kosteneffizientes Motivationsinstrument

Die Erkenntnisse unserer Studie legen nahe, dass Anerkennung und Lob ein kosteneffizientes Mittel zur Erhöhung der durchschnittlichen Leistungsbereitschaft von Mitarbeitern darstellt, insbesondere, wenn diese Anerkennung einer ausreichend großen, aber dennoch exklusiven Gruppe von Leistungsträgern zuteilwird.

Christiane Bradler, bradler@zew.de  
Robert Dur, Susanne Neckermann, Arjan Non

## Zur Ausgestaltung wettbewerblicher Vergabeverfahren im Schienenpersonennahverkehr

*Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht verschiedene Parameter der wettbewerblichen Vergabeverfahren im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland. Die gewonnenen Erkenntnisse sind insbesondere vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren anstehenden Reform der Vergabeverfahren interessant.*

Mit dem Inkrafttreten des Regionalisierungsgesetzes 1996 wurde der Schienenpersonennahverkehr in Deutschland grundlegend reformiert. Seitdem sind in Deutschland nicht mehr der Bund, sondern teils die Länder und teils kommunale Zweckverbände für die Organisation des Regionalverkehrs zuständig. Diese regionalen Aufgabenträger bestellen die Nahverkehrsleistungen bei Verkehrsunternehmen. Ein zentrales Ziel der Reform war die Schaffung eines wettbewerblich organisierten Verkehrsmarktes unter Berücksichtigung der Daseinsvorsorge.

Eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 13-009) untersucht anhand eines neuen Datensatzes die wettbewerblichen Vergabeverfahren. Betrachtet werden dabei die Jahre von 1996 bis heute. Die wettbewerblichen Vergabever-

fahren werden von den verschiedenen Aufgabenträgern unterschiedlich gestaltet. Somit stellt sich die Frage, welche Gestaltungsparameter, dazu gehören die Vertragslaufzeit und die Verteilung der Erlösrisiken zwischen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen, zu besseren Vergabeergebnissen führen. Konkret untersucht die Studie, wie sich die Gestaltungsparameter darauf auswirken, wie viele konkurrierende Verkehrsunternehmen an einem Vergabeverfahren teilnehmen, welches von diesen das Vergabeverfahren gewinnt und in welcher Höhe das Bestellerentgelt liegt, das der Aufgabenträger dem Verkehrsunternehmen schließlich bezahlen muss.

Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass mehr Unternehmen an einem Vergabeverfahren teilnehmen, wenn der Ver-

kehrsauftrag eine lange Laufzeit hat und wenn die Erlösrisiken gering sind. Der Marktführer DB Regio ist eher geneigt, Verträge zu gewinnen, wenn DB Regio die Strecken bereits in der Vergangenheit bedient hat und wenn das Streckennetz groß ist. Außerdem gewinnt DB Regio eher Verträge mit langer Laufzeit, wenn Altfahrzeuge zugelassen sind und wenn weniger Wettbewerber am Vergabeverfahren teilnehmen. In Bezug auf das zu zahlende Bestellerentgelt stellt sich lediglich heraus, dass die Agentur dem Verkehrsunternehmen weniger bezahlen muss, wenn die Fahrkartenerlöse nicht der Agentur zufließen.

#### Anstehende Neugestaltung

In den kommenden Jahren wird ein großer Teil des deutschen Schienenpersonennahverkehrs ausgeschrieben. Diese Ergebnisse können als Anhaltspunkt für die Neugestaltung der vielen in den kommenden Jahren anstehenden Vergabeverfahren verwendet werden.

Matthias Hunold, hunold@zew.de

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Domizilierung von Investmentfonds: Kurzer Genehmigungsprozess entscheidend

*In welchem Land sie einen Fonds auflegen, entscheiden Investmentgesellschaften vor allem nach Faktoren wie fondsspezifischen Rechtsvorschriften, Genehmigungsprozess oder Verfügbarkeit von Fachpersonal. Luxemburg schneidet im europäischen Vergleich am besten ab.*



In der EU konkurrieren viele Länder um die Ansiedlung von Investmentfonds. Eine Studie des ZEW untersucht die Faktoren, die für die Domizilentscheidung von Fondsgesellschaften ausschlaggebend sind.

Im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte sind die Anreize für Investmentfondsgesellschaften gestiegen, ihre Geschäfte in Länder mit besseren Rahmenbedingungen zu verlagern oder neue Fonds in Ländern mit besonders günstigen Regelungen aufzulegen. Dies hat zu größerer Konkurrenz unter den einzelnen Ländern um die besten Bedingungen für Fonds geführt. In der EU wurde dieser Wettbewerb noch gesteigert durch die Richtlinie betreffend OGAW (Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren). Bei OGAW-Fonds handelt es sich um Investmentfonds, die in gesetzlich definierte Arten von Wertpapieren und anderen Finanzinstrumenten investieren. Diese Richtlinie hat mit der Einführung eines „Europa-Passes“ einen europäischen Markt für Investmentfonds geschaffen. Mit diesem Europa-Pass können Fonds, die bereits in einem EU-Staat registriert sind, ohne weitere Genehmigungen auch

in allen anderen EU-Staaten verkauft werden. Dies gilt auch für ausländische Fondsgesellschaften außerhalb der EU, die nach einem Sitz suchen, von dem aus sie Europa insgesamt bedienen.

## ZEW-Umfrage bei 47 Managern

Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit der Universität Stuttgart untersucht, welche Faktoren die Domizilentscheidung von Fondsgesellschaften beeinflussen (ZEW Discussion Paper Nr. 13-022). Dafür haben die Wissenschaftler branchenspezifische Fragebögen konzipiert, die Verantwortliche für die Domizil-Entscheidung von Fondsgesellschaften beantworteten. Die Umfrage fand im Juli und August 2009 statt; insgesamt kamen für die Auswertung 47 beantwortete Fragebögen zusammen. Diese 47 Antworten entsprechen einem Marktanteil von 78 Prozent des gesamten deutschen OGAW-Markts.

Es wurden Fragen zur Einstufung der rechtlichen Rahmenbedingungen, der Kosten der Domizilierung von Fonds sowie zur Konzentration im Cluster und Wettbewerb gestellt. Die Manager vergaben den abgefragten Faktoren Noten von „1“ (unwichtig) bis „5“ (sehr wichtig). Die Fragen bezogen sich auf folgende Länder: Deutschland, Frankreich und Großbritannien – ausgewählt aufgrund ihrer Marktgröße – sowie Luxemburg, Irland und die Schweiz, die aufgrund ihrer Position als internationale Finanzplätze ausgewählt wurden. In diesen sechs Ländern sind rund 84 Prozent des gesamten Vermögenswerts sowie knapp 74 Prozent der Anzahl aller Investmentfonds in Europa domiziliert.

Wie die ZEW-Studie zeigt, spielen bei der Domizilierungsentscheidung von Investmentfonds nicht etwa Kostenfaktoren wie Registrierungs- oder Arbeitskosten die größte Rolle. Die fünf wichtigsten Faktoren sind vielmehr: längerfristig stabile Rechtsvorschriften für Fonds (4,76), der Genehmigungsprozess bei der Fondsaufgabe (4,51), Verfügbarkeit (4,47) und Qualifikation (4,45) von Arbeitnehmern sowie die rechtlichen Anforderungen an die Verwaltungsgesellschaft (4,23). Die Standardabweichungen der Antworten sind bei diesen fünf Faktoren recht gering. Dies weist darauf hin, dass die Befragten unabhängig voneinander die Wichtigkeit dieser Faktoren gleich hoch einschätzen.

Luxemburg ist der Gewinner bei fast allen wichtigen Faktoren, nach denen die Fondsgesellschaften über das Domizil ihres Fonds entscheiden. Die Bedingungen in Irland werden ähnlich gut bewertet. Deutschland liegt insgesamt eher im Mittelfeld und erhält etwa im Punkte „Unterstützung durch die Regierung“ eine im Vergleich zu diesen beiden Ländern geringere Bewertung. Die Ergebnisse zeigen, dass trotz einheitlicher rechtlichen Bedingungen für OGAW-Fonds in Europa, in der Praxis weiterhin Unterschiede zwischen den EU-Ländern gesehen werden.

Dr. Gunnar Lang, lang@zew.de

# Beschäftigungseffekte durch Innovationen

*Unternehmen ausländischer Muttergesellschaften gehören in vielen Ländern zu wichtigen Akteuren in Forschung, Entwicklung und Innovation. Es zeigt sich, dass bei ihnen Produkt- und Prozessinnovationen andere Beschäftigungseffekte haben als bei inländischen Unternehmen.*

Das ZEW Discussion Paper Nr. 13-019 analysiert die Ursachen des Beschäftigungswachstums von in- und ausländischen Unternehmen. Es geht der Frage nach, welche Rolle Produkt- und Prozessinnovationen – also neue oder merklich verbesserte Produkte und Prozesse – für die Beschäftigungsentwicklung in beiden Unternehmenstypen spielen.

Grundlage der empirischen Untersuchung ist die vierte Innovationserhebung der EU (CIS 4). Betrachtet werden rund 64.500 Unternehmen aus 16 Ländern in den Jahren 2002 bis 2004. Der Datensatz umfasst die acht westeuropäischen Länder Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen und Portugal sowie die acht osteuropäischen Länder Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Rumänien, Slowenien und Slowakei. Neben Kennzahlen zu Umsatz, Beschäftigung und Innovationen beinhaltet der CIS-Datensatz auch Informationen darüber, ob das befragte Unternehmen Teil einer Unternehmensgruppe ist, sowie – sollte dies der Fall sein – den Sitz der Muttergesellschaft.

## Ausländische Töchter sind innovativer

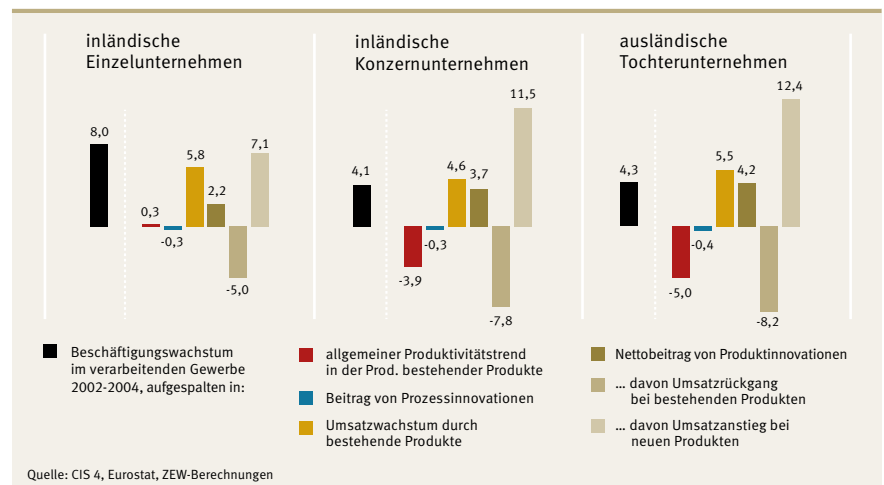
Beim Großteil der untersuchten Unternehmen handelt es sich um inländische Einzelunternehmen (83,1 Prozent im verarbeitenden Gewerbe bzw. 73,3 Prozent in Dienstleistungen), gefolgt von Konzernunternehmen, die zu einer inländischen Unternehmensgruppe gehören (12,0 Prozent bzw. 17,3 Prozent). Ausländische Tochterunternehmen bilden mit 4,9 Prozent bzw. 9,5 Prozent die Minderheit.

Sowohl inländische Konzern- als auch ausländische Tochterunternehmen führen häufiger Produkt- und Prozessinnovationen durch als inländische Einzelunternehmen. Dies weist darauf hin, dass sie von Wissen und Technologien profitieren, die innerhalb der Unternehmensgruppe

vorhanden sind. Interessant ist, dass ausländische Tochterunternehmen ein höheres Umsatzwachstum mit neuen Produkten generieren (13,4 Prozent im verarbeitenden Gewerbe bzw. 11,6 Prozent in Dienstleistungen) als inländische Kon-

duktion bestehender Produkte größere Produktivitätsgewinne, etwa aufgrund von besser ausgebildetem Personal, verbuchen und damit zugleich einen stärkeren Beschäftigungsabbau (-5 Prozent). Im verarbeitenden Gewerbe realisieren sie zudem stärkere Produktivitätsgewinne durch Prozessinnovationen. Darüber hinaus werden im Schnitt in ausländischen Tochterunternehmen neue Produkte mit einer höheren Arbeitsproduktivität als bestehende Produkte hergestellt, was

## Teileffekte des Beschäftigungswachstums nach Unternehmenstypen, verarbeitendes Gewerbe, 2002-2004, in Prozent



zern- (11,7 Prozent bzw. 8,8 Prozent) und Einzelunternehmen (7,1 Prozent beziehungsweise 5,9 Prozent).

Die ZEW-Analyse der 16 Länder zeigt, dass im Untersuchungszeitraum die Beschäftigung im Durchschnitt in allen Unternehmenstypen stieg. Insgesamt wuchs die Beschäftigung bei Dienstleistern schneller als im verarbeitenden Gewerbe. Bei inländischen Einzelunternehmen war das Beschäftigungswachstum am höchsten (8,0 im verarbeitenden Gewerbe bzw. 14,5 Prozent in Dienstleistungen), gefolgt von inländischen Konzernunternehmen (4,1 Prozent bzw. 11,5 Prozent). In ausländischen Tochterunternehmen war der Anstieg am schwächsten (4,3 Prozent bzw. 9,7 Prozent). Die Analyse der einzelnen Effekte, die das Beschäftigungswachstum beeinflussen, zeigt, dass ausländische Tochterunternehmen in der Pro-

ebenfalls zu einem Beschäftigungsabbau führt. Berücksichtigt man indes die positiven Nachfrageeffekte, die mit Produktinnovationen verbunden sind, dann ist der Nettobeschäftigungsbeitrag von Produktinnovationen in ausländischen Tochterunternehmen positiv (4,2 Prozent) – und sogar größer als in inländischen Unternehmen. Dies lässt sich auf das höhere Umsatzwachstum mit neuen Produkten zurückführen. Zusammen mit dem Beschäftigungswachstum aufgrund von Nachfrageänderungen nach bestehenden Produkten (5,5 Prozent) ergibt sich in der Summe aller Teileffekte ein positives Beschäftigungswachstum in ausländischen Tochterunternehmen. Es bleibt jedoch zumindest im betrachteten Untersuchungszeitraum hinter dem der inländischen Unternehmen zurück.

Dr. Bettina Peters, b.peters@zew.de

Nachgefragt: Die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013

## Positive Signale für die deutsche Konjunktur

*Die Lage an den Finanzmärkten hat sich entspannt und der weltwirtschaftliche Gegenwind lässt nach. Das sind günstige Bedingungen für die deutsche Konjunktur. Zu dieser Einschätzung kommt die aktuelle Gemeinschaftsdiagnose. Dr. Marcus Kappler, federführend für das ZEW in das Gutachten eingebunden, erläutert die wichtigsten Ergebnisse.*

**Die Forschungsinstitute erwarten, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um 0,8 und im nächsten Jahr um 1,9 Prozent wachsen wird. Was treibt die deutsche Wirtschaft?**

Die Rahmenbedingungen sind seit einiger Zeit sehr günstig und dürften im Laufe des Jahres der deutschen Wirtschaft Schwung geben. Vor allem hat die Unsicherheit eines Auseinanderbrechens der Eurozone seit der Ankündigung der europäischen Notenbank, notfalls Staatsanleihen der Krisenländer in unbegrenztem Umfang aufzukaufen, stark nachgelassen. Die Situation in Europa hat sich gegenüber dem letzten Jahr also stabilisiert, auch wenn eine nachhaltige Lösung der Krisen in einigen Ländern der Eurozone noch in weiter Ferne liegt. Investoren gewinnen daher wieder Vertrauen, was sich bisher vor allem in den Stimmungskennzeichen niedergeschlagen hat. Die Niedrigzinspolitik der EZB wirkt in Deutschland überaus anregend und dürfte die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum stark anregen. Deutsche Unternehmen sind international wettbewerbsfähig wie selten zuvor und vor allem in den Wachstumszentren, den Schwellenländern, sehr präsent und werden auch künftig von deren Nachfrage profitieren. Außerdem trägt die stabile Verfassung des Arbeitsmarkts zu guten Einkommensaussichten bei, so dass die Konsumnachfrage die deutsche Konjunktur anregen wird.

**Die Institute gehen für Deutschland von einem ausgeglichenen Staatshaushalt in diesem Jahr und sogar von einem Überschuss von 0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für 2014 aus. Hat Deutschland einen nachhaltigen Konsolidierungspfad eingeschlagen?**

Die Finanzlage des deutschen Staates hat sich deutlich entspannt. Die Nachhal-

tigkeit der Finanzpolitik bemisst sich allerdings daran, ob es langfristig gelingt, strukturell ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Bei genauer Betrachtung sieht die aktuelle Bilanz nüchterner aus. Die konjunkturbereinigten Überschüsse des Staatshaushaltes gehen nämlich zu einem guten Teil auf Faktoren zurück, die nicht nachhaltig wirken. Zum einen sind

te Progression setzt negative Anreize auf das Arbeits- und Kapitalangebot und beinträchtigt dadurch mittelfristig das Produktionspotenzial und damit auch die steuerliche Bemessungsgrundlage.

**Einige Länder der Eurozone stehen nach wie vor unter dem Druck der Schulden- und Wirtschaftskrise. Welche Gefahren bestehen darüber hinaus für die deutsche Wirtschaft?**

Die Krisenländer haben begonnen, strukturelle Anpassungen und Strukturformen vorzunehmen. Allerdings erfordert die Umsetzung einen langen Atem und mutet den betroffenen Ländern erhebliche Anstrengungen zu. Ein Nachlassen der

Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erarbeitet die Gemeinschaftsdiagnose jeweils im Frühjahr und Herbst eines Jahres eine Referenz für die Projektionen der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung. Sie analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Lage in Deutschland, im Eurogebiet und in der Welt in der kurzen Frist und liefert Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik. Eine Mittelfristprojektion ist fester Bestandteil jeder Gemeinschaftsdiagnose. Sie wird derzeit von den folgenden Forschungseinrichtungen erstellt:

- Institut für Wirtschaftsforschung Halle in Kooperation mit Kiel Economics
- ifo-Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. in Kooperation mit KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in Kooperation mit Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Kooperation mit Institut für Höhere Studien, Wien

Das Herbstgutachten findet sich unter: [www.zew.de/gemeinschaftsdiagnose2013](http://www.zew.de/gemeinschaftsdiagnose2013)

das die historisch äußerst geringen Zinsen auf die Staatsschuld, die die Ausgaben senken. Zum anderen entfaltet derzeit die sogenannte kalte Progression der Einkommensbesteuerung ihre volle Wirkung und spült Einnahmen in die Staatskasse, die rein auf eine inflationsbedingte Zunahme des Einkommenssteueraufkommens und nicht auf eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Besteuerter zurück zu führen sind. Beide Faktoren wirken aber nur kurzfristig. Zinsen für deutsche Staatsanleihen und damit die Zinsausgaben des Staates werden in absehbarer Zeit wieder steigen. Und die kal-

Konsolidierungspolitik und Aussetzen der Reformprozesse kann jederzeit zu neuen Turbulenzen führen, was die Irritationen im Zusammenhang mit der Wahl in Italien und der Bankenkrise in Zypern gezeigt haben. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit einer ähnlichen Zuspitzung der Krise wie im vergangenen Jahr, als die Existenz der Gemeinschaftswährung in Frage stand, deutlich gesunken.

**Gibt es neben den Risiken weitere Chancen für die deutsche Konjunktur?**

Die Prognose im Frühjahr gibt das wahrscheinlichste Szenario für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wider. Damit ist

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

auch klar, dass Abweichungen nach unten sowie nach oben möglich sind, sollten sich grundlegende Annahmen der Prognose ändern. Die genannten Rahmenbedingungen für die Konjunktur in Deutschland sind derzeit so stimulierend, dass die deutsche Wirtschaft im günstigen Fall sogar stärker als in der Basisvariante unterstellt wachsen könnte. Das 68 Prozent-Prognoseintervall für das BIP-Wachstum in diesem Jahr reicht von 0,1 Prozent bis 1,5 Prozent.

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de

Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre in Tübingen, Maryland (USA) und Berlin promovierte **Dr. Marcus Kappler** im Jahr 2007 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seit dem Jahr 2002 am ZEW beschäftigt, ist Kappler stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen. Sein Forschungsinteresse gilt insbesondere der Genauigkeit von Konjunkturprognosen, der Ausbreitung konjunktureller Impulse, der strukturellen Arbeitslosigkeit sowie den Einflussfaktoren des Produktionspotenzials.



## Fiskalregeln und ihr Einfluss auf die Risikoprämien an Anleihemärkten

*Die EU-Staaten wollen ihre fiskalische Glaubwürdigkeit durch härtere Regeln untermauern. Tatsächlich wurden Länder mit besonders strengen Schuldengrenzen in der Vergangenheit durch niedrigere Anleihezinsen belohnt. Eine ZEW-Studie deutet darauf hin, dass harte Budgetregeln gerade Staaten mit bislang geringer Glaubwürdigkeit nützen können.*

Die Krisenstaaten der Eurozone stecken in einem Dilemma. Auf der einen Seite müssen sie ihre Neuverschuldung zurückfahren, um an den Anleihemärkten eine Abkehr von der Schuldenfinanzierung zu signalisieren. Auf der anderen Seite ist die gegenwärtige Rezessionsphase ein schwieriger Zeitpunkt, um eine

wirklich nennenswerte Verringerung der Neuverschuldung zu realisieren. Überzeugende neue Fiskalregeln können möglicherweise einen Weg aus diesem Dilemma bieten: Eine neue Regel zur Defizitbegrenzung hat eine Signalfunktion für die Haushaltspolitik der Zukunft. Ist die Regel glaubwürdig, dann signalisiert sie poten-

ziellen Investoren an den Anleihemärkten, dass das betreffende Land künftig eine nachhaltige Budgetpolitik betreiben wird. Selbst wenn die aktuellen Defizite rezessionsbedingt noch hoch sind, würden daher harte neue Regeln die Zinsaufschläge auf Staatsanleihen sinken lassen. Genau dies ist eine entscheidende Motivation für den Fiskalvertrag, in dem sich 25 EU-Staaten verpflichtet haben, in ihren nationalen Rechtssystemen neue Regeln zu verankern, die maximal noch ein strukturelles Defizit in Höhe von 0,5 Prozent des BIP zulassen.

### Strenge Regeln für ohnehin disziplinierte Staaten?

Soweit die Theorie. Entscheidend für den Erfolg der neuen Regelbindung ist nun aber, dass es tatsächlich einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Fiskalregeln und Verzinsung von Staatsanleihen gibt. Es ist schwer, diesen Nachweis empirisch überzeugend zu erbringen. So gibt es zwar eine Reihe von Studien, die für die Vergangenheit zeigen, dass Staaten mit strengen Regeln auch vergleichsweise moderate Zinsen gezahlt haben. Bei näherem Hinsehen belegen diese Studien aber nicht überzeugend, dass auch die Krisenstaaten in Zukunft mit einem solchen Effekt rechnen könnten. Denn es wäre möglich, dass sich in



Eine ZEW-Studie untersucht, ob strenge Fiskalregeln die Zinsaufschläge auf Staatsanleihen beeinflussen.

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

der Vergangenheit nur solche Staaten strenge Regeln gesetzt haben, die ohnehin über einen hohen Stabilitätskonsens verfügen. Strenge Regeln wären dann nichts anderes als ein Symptom einer tiefer liegenden Stabilitätsursache. Die eigentliche Ursache für niedrige Anleihezinsen wären dann die hohen Stabilitätspräferenzen der Wähler und der Politiker. Die beobachtbare Korrelation von strengen Regeln und moderaten Zinsen ist daher nicht unbedingt kausal interpretierbar.

1980er-Jahre verwendet, die nicht durch die einheitliche Geldpolitik der Euro-Ära beeinflusst ist. Zweitens finden politische Indikatoren Verwendung, welche unter anderem die Präferenzen von an der Regierung beteiligten Parteien zur Größe des Staates betreffen.

Als dritte Näherungsgröße für die Stabilitätspräferenz eines Landes wird das Vertrauen der Menschen untereinander verwendet, wie es in international vergleichbaren Umfragen erhoben wird. Die

dikator wird von der Europäischen Kommission berechnet und verdichtet qualitative und quantitative Elemente von Fiskalregeln in einem Indexwert.

### Kombinierter Effekt von Fiskalregeln und Stabilitätspräferenzen

Bei dieser Vorgehensweise zeigen sich die folgenden zentralen Ergebnisse: Ohne die Stabilitätsindikatoren hat der Fiskalregelindex den erwarteten Effekt. Länder mit härteren Regeln haben niedrigere Anleihezinsen. Bei Erweiterung der Schätzungen um die Stabilitätsindikatoren geht der Effekt weitgehend verloren. Die eingangs beschriebene Problematik erweist sich somit als relevant. Es sind nicht die harten Regeln, sondern eher ein hohes Stabilitäts-Image, das in der Vergangenheit den regelgebundenen Ländern niedrigere Zinsen beschert hat. Weiteren Aufschluss bietet schließlich die Verwendung des kombinierten Effekts aus Fiskalregel und Stabilitätspräferenzen (Interaktion). Diese Interaktion belegt, dass sich der direkte Fiskalregelleffekt unterscheidet, je nachdem, ob niedrige oder hohe Stabilitätspräferenzen vorliegen. Für Länder mit eher geringen Stabilitätspräferenzen zeigt sich ein signifikant zinssenkender Effekt, der für Länder mit hohen Stabilitätspräferenzen so nicht beobachtbar ist. Dieses Ergebnis ist plausibel: Fiskalregeln machen für Länder, an deren nachhaltiger Budgetpolitik ohnehin nur geringe Zweifel bestehen, aus Sicht von Investoren kaum einen Unterschied. Für Länder mit erheblichen Stabilitätsproblemen in der Vergangenheit sind harte Regeln hingegen eine relevante Veränderung.

Die Studie hat somit eine wichtige politische Implikation: Es besteht eine begründete Hoffnung, dass institutionelle Innovationen wie der Fiskalvertrag helfen können, die Glaubwürdigkeit an den Anleihemärkten gerade solcher Länder zu verbessern, deren fiskalische Reputation bislang gering war.

Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de;  
Steffen Osterloh, Alexander Kalb

Die diskutierten Ergebnisse sind der Studie „Sovereign Risk Premia: The Link Between Fiscal Rules and Stability Culture“ entnommen. Die Studie findet sich unter: <http://www.zew.de/publikation6926>



Staaten, die in der Vergangenheit als fiskalisch wenig stabil eingeschätzt wurden, können durch strenge Fiskalregeln verbesserte Konditionen an den Kapitalmärkten erreichen.

Um zu aussagekräftigeren Einblicken zu kommen, erweitert eine ZEW-Studie die bisherigen Schätzansätze. Die Grundidee der Innovation ist, Indikatoren für den Stabilitätskonsens eines Landes direkt einzubeziehen. Auf diese Weise lässt sich überprüfen, ob ein eigenständiger Einfluss von Budgetregeln auf die Risikoprämien eines Landes auch dann noch nachzuweisen ist, wenn ebenfalls die fiskalischen Präferenzen berücksichtigt werden. Die Messung von Stabilitätspräferenzen ist nur über Umwege möglich. Direkte international vergleichbare Umfragewerte zu den Verschuldungspräferenzen von Wählern existieren nicht. Ersatzweise werden drei verschiedene Näherungsgrößen verwendet. Erstens hat die Stabilitätsperformanz eines Landes einen Informationsgehalt über dessen Stabilitätspräferenzen. Über diese Performanz offenbaren Länder eigene Stabilitätspräferenzen. Für die empirische Analyse wird die durchschnittliche Inflationsrate der

Rolle des Vertrauens für die Lösung gesellschaftlicher Blockaden ist in der Literatur zum „Sozialkapital“ immer wieder nachgewiesen worden.

### Staatsverschuldung, Haushaltsdisziplin und Risikoaversion

Der empirische Schätzansatz des ZEW setzt die Risikoprämie von EU-Ländern zunächst ins Verhältnis zu Standardvariablen, die für die Anleihezinsen von Bedeutung sein sollten. Dazu zählen die Höhe von Staatsverschuldung und Haushaltsdefiziten, die Liquidität der betreffenden Anleihe und die am Markt herrschende allgemeine Risikoaversion. Es ist bekannt, dass Risikoaufschläge für Staaten einfach deshalb steigen können, weil Märkte insgesamt plötzlich eine höhere Sensibilität für Risiken entwickeln. Diese Grundbeziehung wird dann um einen Indikator für die Härte von Fiskalregeln und die erläuterten Stabilitätskennzahlen erweitert. Der verwendete Regel-In-

## KONFERENZEN

# Workshop in Brüssel: Die Rolle der Unternehmensbesteuerung für eine künftige Fiskalunion

*Ein vom ZEW organisierter Workshop beleuchtete die Rolle von Steuern und der Steuerharmonisierung in einer Fiskalunion. Der Workshop mit Vertretern aus Unternehmen, europäischen Institutionen sowie der Wissenschaft fand am 18. April 2013 in der Vertretung des Bundeslandes Baden-Württemberg in Brüssel statt.*



Erik Röder, Martina Baumgärtel, Christoph Spengel sowie Philip Kermodé diskutierten Themen der europäischen Steuerharmonisierung (von links).

In seinen einleitenden Ausführungen betonte ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest die große Bedeutung, die der Beseitigung steuerlicher Hemmnisse im Binnenmarkt vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen und fiskalischen Herausforderungen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums in der EU zukommt.

Anknüpfend daran diskutierten Prof. Dr. Christoph Spengel, Professor für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Mannheim und Research Associate am ZEW, und Dr. Erik Röder, wissenschaftlicher Referent am Max Planck Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München, den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission für eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB). Sie betonten insbesondere, dass eine GKKB, die zusätzlich zur einheitlichen Gewinnermittlung (GKB) die Konsolidierung und formelhafte Gewinnaufteilung beinhaltet, mehrere ungelöste Probleme aufweist,

wohingegen eine GKB in der EU tätige Unternehmen bereits deutlich entlasten könnte. Mit Verweis auf die kürzlich erschienene Studie „Common Corporate Tax Base (CC(C)TB) and Determination of Taxable Income“ des ZEW und der Universität Mannheim in Kooperation mit Ernst & Young wiesen sie darauf hin, dass sich die Abweichungen zwischen den Gewinnermittlungsregeln des Richtlinienvorschlags und den nationalen Regeln der Mitgliedstaaten sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht in Grenzen halten. Zur Analyse der quantitativen Abweichungen wurden die Auswirkungen der GKB auf die effektive Unternehmenssteuerbelastung einer durchschnittlichen großen Kapitalgesellschaft in Europa mit Hilfe des European Tax Analyzer, einem computergestützten Simulationsmodells für internationale Steuerbelastungsvergleiche, berechnet. Erik Röder erläuterte zudem, wie mittels einer Erweiterung der GKB zu einer GKBplus Abhilfe für bedeut-

same Hemmnissen grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit geschaffen werden könnte, ohne dass die problembehafteten Schritte zwei und drei des Konzepts der GKKB, Konsolidierung und Formelhafte Gewinnaufteilung, erforderlich wären.

## Starker internationaler Steuerwettbewerb

An der folgenden Diskussionsrunde unter der Moderation von Christoph Spengel nahmen neben den Referenten Dr. Martina Baumgärtel, Leiterin der Group Regulatory Policy der Allianz SE, und Philip Kermodé, Direktor der Generaldirektion Steuern und Zölle der EU-Kommission, teil. Philip Kermodé bot einige Einblicke in den aktuellen Diskussionsstand auf EU-Ebene zum GKKB-Richtlinienvorschlag sowie den weiteren Fahrplan. Martina Baumgärtel betonte die Bedeutung der GKKB für die Wettbewerbsfähigkeit Europas insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten und Asien. Anschließend wurde das Konzept der GKKB vor dem Hintergrund des Steuerwettbewerbs und den Anstrengungen von OECD und EU zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung diskutiert.

Lisa Evers, [evers@zew.de](mailto:evers@zew.de)

## ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 13-023, Holger Stichnoth, Mustafa Yeter: Cultural Influences on the Fertility Behaviour of First- and Second-generation Immigrants in Germany.

Nr. 13-022, Gunnar Lang, Henry Schäfer: What is the Wind Behind the Sails to Go Abroad? - Empirical Evidence from the Mutual Fund Industry.

Nr. 13-021, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß: Education and Lifetime Income During Demographic Transition.

Nr. 13-020, Roman Inderst, Martin Peitz: Investment under Uncertainty and Regulation of New Access Networks.



## KONFERENZEN

## „e-frame“ Workshop zu immateriellen Wirtschaftsgütern am ZEW

*Anfang Mai richtete das ZEW im Rahmen des von der EU geförderten Projektes „e-frame – European Framework for Measuring Progress“ einen Workshop zu immateriellen Wirtschaftsgütern aus. Es wurden Möglichkeiten diskutiert, wie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um immaterielle Wirtschaftsgüter erweitert werden können.*

Um die Triebkräfte des Wirtschaftswachstums zu verstehen, richten immer mehr Forscher ihren Blick auf sogenannte immaterielle Wirtschaftsgüter. Darunter fallen beispielsweise Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen, die Organisations- und Führungsstruktur einer Firma, ebenso wie Aufwendungen zur Schaffung und Erhaltung von Markenwerten. Obwohl diese Werte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nur für Forschung und Entwicklung und für einige weitere Kategorien wie etwa Computersoftware erfasst sind bzw. bis zum Jahr 2014 erfasst werden, erscheint deren Bedeutung insgesamt für Wachstum und Produktivitätsentwicklung nach aktuellem Forschungsstand groß. Allein die Hinzurechnung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu den gemessenen Investitionen im Zuge der aktuellen Revision der VGR lässt das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um über zwei Prozent, in den Vereinigten Staaten um etwa drei Prozent steigen.

Im Rahmen des Workshops wurden zum einen aktuelle Datenbanken und Ergebnisse aus großen internationalen Forschungsprojekten und der Universitätsforschung präsentiert. Eingegangen wurde beispielsweise auf Ergebnisse der EU-Projekte COINVEST, INNODRIVE oder IN-DICSER, welche – wie auch das „e-frame“-Projekt des ZEW – innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU bearbeitet wurden. Weiterhin stellte Marie Le Mouel von der OECD die dortigen Projekte vor. Zudem gab es Präsentationen aktueller, in universitärem Umfeld entstandener Studien. Zum anderen wurde die Frage diskutiert, ob das erreichte Wissen und die in der Forschung verwendeten Konzepte für eine mittelfristige Aufnahme

der immateriellen Wirtschaftsgüter in die VGR ausreichen. Gerade im Bereich der international vergleichbaren Messung stellen sich momentan noch größere Herausforderungen. Letzteres wurde insbesondere in einer Round Table-Diskussion deutlich, an der Eva Hagsten (Statistics Sweden), Susana Garcia-Diez (Destatis), Bernd Görzig (DIW), sowie Marianne Saam (ZEW) als Gastgeberin teilnahmen. An dieser Stelle wurde auch die politische

Bedeutung der aggregierten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt deutlich. Diese durch die Hinzurechnung von immateriellen Wirtschaftsgütern zu ergänzen, erfordere eine absolut etablierte und konsistente Datenbasis, welche momentan noch nicht existiere, waren sich die Diskutanten weitgehend einig.

Am Ende des zweitägigen Workshops hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl die Wichtigkeit der neuesten Forschungsergebnisse als auch die Notwendigkeit weiterer methodischer und konzeptioneller Konsensbildung als Voraussetzung der Aufnahme weiterer immaterieller Wirtschaftsgüter in die VGR herausgearbeitet.

Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de

## ZEW INTERN

### ZEW-Jahresbericht 2012 erschienen

Die Gesamterträge des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim sind im Geschäftsjahr 2012 um 2,3 Millionen Euro auf 20,5 Millionen Euro gestiegen. Der Anstieg des Drittmittelaufkommens hat zur guten Ertragsituation beigetragen. Dies geht aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht des Instituts hervor.

Die im nationalen und internationalen Wettbewerb von den Forschungsbereichen des ZEW eingeworbenen Drittmittel sind im Geschäftsjahr 2012 auf 10,1 Millionen Euro gestiegen. Besonders erfreulich: Der Drittmittelumsatz mit der EU und ausländischen Ministerien hat sich im Geschäftsjahr 2012 mit einem Anstieg auf 2,6 Millionen Euro im Vergleich zum Jahr 2011 sogar mehr als verdoppelt.

Vor allem bei Projektausschreibungen von Bundes-, Landes- sowie ausländischen Ministerien war das ZEW im zurückliegenden Geschäftsjahr erfolgreich: Auf diese Auftraggeber entfallen insgesamt 53 Prozent des Drittmittelaufkommens. Weitere

Drittmittel akquirierte das ZEW von Unternehmen und Verbänden (12 Prozent), von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von Stiftungen (13 Prozent).

Insbesondere die Europäische Kommission hat als Auftraggeber des ZEW im Jahr 2012 erheblich an Bedeutung gewonnen. Fast ein Viertel der gesamten Drittmittel-einnahmen des ZEW kommt inzwischen von der EU.

Die hohe Qualität der wissenschaftlichen Arbeit am ZEW fand im Jahr 2012 ihren Niederschlag in vielen Beiträgen von ZEW-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in renommierten wissenschaftlichen Fachzeitschriften sowie in einer großen Anzahl an wissenschaftlichen Vorträgen, die auf Veranstaltungen und Konferenzen im In- und Ausland gehalten wurden. Auch die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses war im vergangenen Jahr wieder sehr erfolgreich: 14 Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen brachten ihre Promotion zu einem erfolgreichen Abschluss.

## ZEW INTERN

## Hochschulpreis des Deutschen Aktieninstituts e.V. an ZEW-Wissenschaftler vergeben

Der renommierte Hochschulpreis des Deutschen Aktieninstituts e.V. (DAI) wurde im April 2013 in Frankfurt am Main an Dr. Gunnar Lang feierlich verliehen. Der wissenschaftliche Beirat des Instituts hat den Preisträger für seine Dissertation über Finanzzentren und Unternehmensentscheidungen („Macro Attractiveness and Micro Decisions in the Mutual Fund Industry – An Empirical Analysis“, erschienen in der Publikationsreihe ZEW Economic Studies, Band 47, Springer-Verlag) ausgezeichnet. Das Deutsche Aktieninstitut zeichnet jährlich die besten wissenschaftlichen Abschlussarbeiten, die sich mit der Förderung der Aktie als Anlageform oder Instrument der Unternehmensfinanzierung befassen, mit dem DAI-Hochschulpreis aus.

Gunnar Lang ist stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Unternehmensstrategie und -finanzierung sowie Immobilienmärkte.



Von links: Werner Baumann (Vorstand, Bayer AG), Dr. Gunnar Lang (ZEW), Prof. Dr. Bernd Rudolph (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Ludwig-Maximilians-Universität München)

## TERMINE

## ZEW reist mit an Bord der MS Wissenschaft 2013

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist in diesem Jahr wieder mit an Bord des Ausstellungsschiffs MS Wissenschaft. Ende April hieß es in Berlin

schon Wandels. Auf den Weg geschickt wird die MS Wissenschaft vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Der Beitrag des ZEW zur MS Wissenschaft

spielsweise die Geburtenrate, die Höhe der Zuwanderung nach Deutschland oder die Lebenserwartung variiert und direkt nachverfolgt werden, wie sich dies unter anderem auf die Bevölkerungsentwicklung, das Durchschnittseinkommen oder den Anteil der Erwerbstätigen auswirkt. Das Exponat auf der MS Wissenschaft ist für das ZEW eine schöne Möglichkeit, dem Besucher sichtbar zu machen, wie das Drehen an bestimmten Stellschrauben den demografischen Wandel verschärfen oder abschwächen kann.

Die MS Wissenschaft besucht bis zum 17. September 2013 rund 40 Städte entlang der deutschen und österreichischen Wasserstraßen. In Mannheim, wo das ZEW seinen Sitz hat, wird die MS Wissenschaft vom 19. bis zum 21. Juli 2013 an der Rheinpromenade auf dem Lindenhof anlegen. Der Eintritt in die Ausstellung an Bord der MS Wissenschaft ist frei. Die Öffnungszeiten sind täglich von 10 bis 19 Uhr. Schulklassen können das Schiff nach Voranmeldung bereits ab 9 Uhr besuchen.

Weitere Informationen zur MS Wissenschaft und zum „Wissenschaftsjahr 2013 – Die demografische Chance“ unter: [www.ms-wissenschaft.de](http://www.ms-wissenschaft.de) sowie [www.demografische-chance.de](http://www.demografische-chance.de).



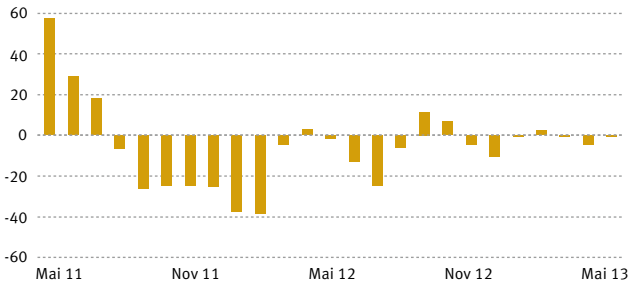
Das Ausstellungsschiff MS Wissenschaft 2013 ist bis Mitte September 2013 auf Tour durch insgesamt 40 Städte in Deutschland und Österreich.

„Leinen los“ und das schwimmende Science Center ist seither auf großer Fahrt durch Deutschland und Österreich. Die interaktive Ausstellung mit dem Titel „Alle Generationen in einem Boot“ steht in diesem Jahr ganz im Zeichen des demografi-

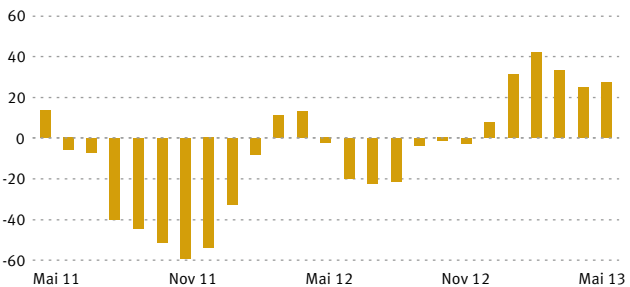
st ein Computersimulationsspiel, das der Arbeitsmarktbereich des Forschungsinstituts entwickelt hat. Die Simulation zeigt, wie gesellschaftliche Veränderungen die demografische Entwicklung in Deutschland beeinflussen. Über Regler kann bei-

DATEN UND FAKTEN

### ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2013



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Änderung der jährlichen Inflationsrate im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

#### EZB: Keine höhere Inflationsrate erwartet

Anfang Mai hat die EZB den Leitzins von 0,75 auf 0,5 Prozent gesenkt. Dadruch soll die Finanzierungslage von kleinen und mittleren Unternehmen verbessert werden. Die Leitzinssenkung löst bei den ZEW-Finanzmarktexperten auf Sicht von sechs Monaten keine Inflationsängste aus. Es wird vielmehr erwartet, dass die Teuerungsrate in der Eurozone, die bereits unter dem Inflationsziel der EZB liegt, mittelfristig unverändert bleibt. Der entsprechende Saldo steigt im Mai 2013 um 3,7 Punkte und liegt nun bei einem Wert von minus 0,8 Punkten.

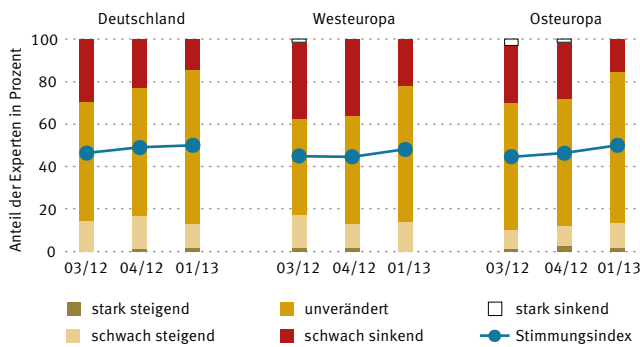
Jesper Riedler, riedler@zew.de

#### Eurozone: Konjunkturausblick etwas verbessert

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone auf Sicht von sechs Monaten haben sich im Mai 2013 leicht verbessert. Der entsprechende Saldo steigt um 2,7 Punkte auf 27,6 Punkte. Vor allem zwei Gründe könnten für die leichte Aufhellung verantwortlich sein: Zum einen lässt die Zinssenkung der EZB auf eine Entspannung der Finanzierungslage kleiner Unternehmen hoffen. Zum anderen spiegelt die Einschätzung der Experten auch die Erleichterung wieder, dass mit der Regierungsbildung die politische Krise in Italien überwunden wurde.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

#### Die Perspektiven für die Schiene verbessern sich leicht

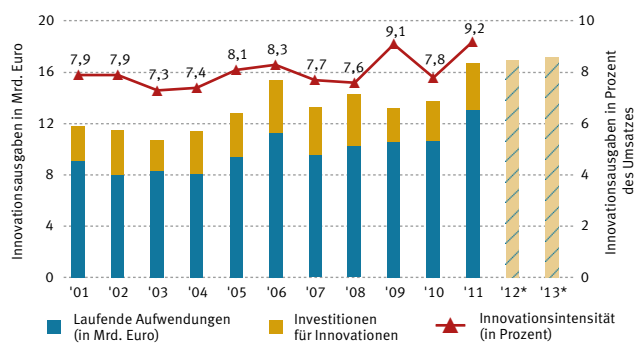


Quelle: ZEW

Der Eisenbahngüterverkehr hat ein schweres Jahr hinter sich: Die Transportmengen, die sich im Jahr 2011 wieder erholt hatten, gingen im Jahr 2012 erneut um fast drei Prozent zurück. Die große Mehrheit der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW erwartet für die nächsten Monate keine Veränderungen. Im Westeuropaverkehr rechnen – wie beim Lkw-Transport – sogar gut 20 Prozent der Experten mit einem leichten Mengenrückgang. Die Wirtschaftsschwäche Westeuropas dürfte dafür ein wichtiger Grund sein. Insgesamt ist die Stimmung aktuell aber leicht besser als in den Vorquartalen.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

#### Elektroindustrie erreicht neuen Spitzenwert bei der Innovationsintensität



\* Planzahlen Frühjahr/Sommer 2012

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die deutsche Elektroindustrie hat 2011 ihre Innovationsausgaben auf 16,7 Milliarden Euro (plus 20,6 Prozent gegenüber 2010) erhöht. Gemessen am Umsatz machten die Ausgaben für neue Produkte und Prozesse 9,2 Prozent aus. Dies ist der höchste Wert in der Branchengeschichte. Der Anstieg der Innovationsintensität ist auf die Innovationsanstrengungen im Kontext der Energiewende zurückzuführen. Für 2012 und 2013 planen die Unternehmen, die Ausgaben auf dem hohen Niveau fortzuführen. 2012 dürfte das Innovationsbudget der Elektroindustrie bei 17,0 Milliarden Euro liegen, 2013 sind 17,2 Milliarden geplant.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



## Die Schuldenbremse innerstaatlich umsetzen!

Mit der Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz im Jahr 2009 hat die Politik in Deutschland unter Beteiligung der Bundesländer beschlossen, dass alle Länder vom Jahr 2020 an ausgeglichene Haushalte aufweisen sollen. Das sollte Grund genug sein, die Sanierung der Haushalte in Angriff zu nehmen. Wie sieht es dabei aus? Während einige Bundesländer bereits ausgeglichene Haushalte aufweisen, sind andere davon weit entfernt. Und sie tun zu wenig, um das zu ändern. Ein Beispiel ist Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2013 plant das Land mit einem Haushaltsdefizit von 3,6 Mrd Euro, bei Ausgaben von rund 60 Mrd Euro. Gegenüber 2013 sinkt das Defizit, wenn man Sondereffekte der WestLB-Abwicklung herausrechnet, um 0,1 Mrd Euro. Bis 2016 sollen die Ausgaben um jährlich 2,5 Prozent wachsen, das Budgetdefizit soll schrittweise auf einen Betrag von 2,5 Mrd Euro sinken.

Diese Finanzpolitik ist unzureichend, weil die Chance zu deutlicherem Defizitabbau, die sich angesichts sprudelnder Steuereinnahmen bietet, vertan wird. Falls die Rezession, die derzeit Südeuropa und Frankreich beherrscht, auf Deutschland übergreift, könnte der aktuelle Boom bei den Steuereinnahmen schnell zu Ende sein. Die Defizite würden deutlich ansteigen und die Politik würde vor der Wahl stehen, entweder die Verfassung zu brechen oder bei labiler Konjunktur massiv Staatsausgaben zu kürzen.

Was ist zu tun, damit alle Bundesländer Maßnahmen ergreifen, um die Defizite in ihren Haushalten abzubauen? Druck von den Finanzmärkten ist nicht zu erwarten. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sieht vor, dass ein überschuldetes Bundesland Anspruch auf Hilfen des Bundes und der anderen Länder hat. Es besteht eine Solidarhaftung, die den Anreiz zu fiskalpolitischer Disziplin einzelner Bundesländer nicht gerade stärkt. So lange das so bleibt, sind politische und rechtliche Mittel zu nutzen, um die Einhaltung von Verschuldungsregeln durchzusetzen. Wie kann das erreicht werden?

Erstens sollte für alle Bundesländer ein verpflichtender Pfad zum Abbau der Budgetdefizite vereinbart werden, analog der entsprechenden Regelung für den Bund. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass das aktuelle Wachstum der Steuereinnahmen voraussichtlich nicht dauerhaft ist.

Zweitens ist es notwendig, eine wirksame finanzpolitische Aufsicht zu errichten. Diese Aufgabe könnte der Stabilitätsrat übernehmen. Bislang hat dieses Gremium nur die Funktion, zu prüfen, ob in einzelnen Bundesländern Haushaltsnotlagen drohen. Es müsste die Aufgabe ergänzt werden, laufend darüber zu berichten, ob alle Bundesländer den Pfad zum Defizitabbau einhalten und Länder, die dies nicht tun, zu Kurskorrekturen auffordern.

Drittens stellt sich die Frage, was zu tun ist, wenn ein Bundesland seine Verpflichtungen trotz Aufforderung durch den Stabilitätsrat nicht erfüllt. Finanzielle Sanktionen, wie sie auf europäischer Ebene vorgesehen sind, bringen wenig. Zum einen haben sie den Nachteil, dass sie die kritische Finanzlage des Schuldensünder noch weiter verschlechtern. Zum anderen sind sie unter den im deutschen Föderalismus geltenden Regeln noch weniger geeignet als in Europa. Wegen der Solidarhaftung hat auch ein hoch verschuldetes Bundesland erhebliche Spielräume, seine Kreditaufnahme auszudehnen. Es könnte Strafzahlungen durch weitere Verschuldung finanzieren. Wirksamer wäre es, verpflichtende Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen vorzusehen, etwa einen Landeszuschlag zur Grundsteuer oder zur Einkommensteuer. Das würde dazu führen, dass das Defizit sinkt. Ferner würde die lokale Bevölkerung ihrer Landesregierung schnell klarmachen, spätestens bei den nächsten Wahlen, dass sie von der Verletzung der Verschuldungsregeln, die im Land zu Steuererhöhungen führt, wenig hält.

Deutschland verlangt von seinen Partnerländern in Europa, dass sie Verschuldungsregeln einhalten. Diese Forderung wird auf Dauer nicht überzeugen, wenn die deutsche Finanzpolitik daran scheitert, innerstaatlich die Einhaltung selbst gesetzter Regeln zu leisten.

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [gröttmann@zew.de](mailto:gröttmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2013